

## **Der Arabische Frühling im Herbst**

### **Bericht über den 18. Internationalen Kongress der Deutschen Arbeitsgemeinschaft Vorderer Orient vom 6. bis 8. Oktober 2011 an der Freien Universität Berlin**

Ingeborg Szöllösi

Donnerstag, 6. Oktober 2011, erfuhren wir von einer „wenig königlichen“ Geste aus dem Königreich Saudi-Arabien. Der Tagesspiegel berichtete von einem Vorfall in einer 25000-Einwohner-Ortschaft nahe der Stadt Qatif: Die Polizei verhaftete zwei alte Männer statt ihrer Söhne, die angeblich Mitorganisatoren der schiitischen Demonstrationen im März waren. Das rief Empörung im Dorf Al Awamiyah, ja Wut hervor, Hunderte gingen auf die Straße und bewarfen das Gebäude der Polizeiwache mit Steinen. Geschossen wurde auf sie umgehend mit scharfer Munition. Der Arabische Frühling hat im reichen Erdölstaat keine Chance: Bereits im März wurde jeder Aufruhr im Keim erstickt – mit „Zuckerbrot“, Sozialgeschenken, und „Peitsche“, drastischen Maßnahmen seitens der Polizei.

Samstag, 8. Oktober 2011, war der Arabische Frühling auf nahezu allen Titelseiten der Tageszeitungen präsent, denn tags zuvor wurde der Friedensnobelpreis bekannt gegeben. Die Wahl des Nobel-Komitees fiel auf drei Frauen: Liberias Präsidentin Ellen Johnson Sirleaf sowie Friedensaktivistin Leymah Gbowee und Jemens Menschenrechtsaktivistin Tawakkul Karman. Mit der Verleihung des Preises an die 32-jährige jemenitische Politikwissenschaftlerin, Mitbegründerin der Organisation „Journalistinnen ohne Ketten“, gelang es dem Komitee ein Zeichen internationaler Relevanz zu setzen: Karman lebt derzeit in einem Zelt in Jemens Hauptstadt Sana'a und kämpft seit acht Monaten mit Zehntausenden unzufriedener Menschen auf den Straßen Jemens gegen das Regime Ali Abdullah Salih, der seit 33 Jahren im Amt ist und vor nichts zurückschreckt, um einen modernen, demokratischen Jemen zu verhindern. Bis zum jetzigen Zeitpunkt sind mehr als 2700 Menschen ums Leben gekommen. Trotzdem geht der Protest weiter – erst recht seit der Verkündung des Friedensnobelpreises, als das wohl bekannteste Gesicht und eine der bedeutendsten Stimmen der jemenitischen Bewegung Tawakkul Karman ausrief: „Ich widme den Preis dem arabischen Frühling. Wir sind hier, um unsere Freiheit und Würde zurückzuholen.“

Der Frühling ist vorbei, wir sind im Herbst angekommen – das lässt uns nicht nur die Außentemperatur spüren, daran erinnerte auch Prof. Dr. Peter-André Alt, Präsident der Freien

Universität Berlin, als er am 6. Oktober 2011 die über 500 Teilnehmenden des 18. Internationalen Kongresses der Deutschen Arbeitsgemeinschaft Vorderer Orient (DAVO) begrüßte. Ein Rückblick auf die turbulenten Ereignisse, deren Zeugen wir seit einem knappen Jahr sind, bietet sich an: in über 70 Panels, Arbeitsgruppen-Treffen und Diskussionsveranstaltungen bemühten sich bis zu 500 gegenwartsorientierte Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen aus 33 Ländern, die sich schwerpunktmäßig mit den Ländern des Vorderen Orients beschäftigen, vom 6. bis 8. Oktober im Rahmen ihrer 18. Arbeitstagung unter anderem um ein „menschlich allzumenschliches“ Verstehen sowie um eine wissenschaftliche Einordnung des Arabischen Frühlings. Perspektiven auf ein Ereignis, das derzeit noch immer die ganze Welt in Schach hält, sollen geboten, Zukunftsfragen gestellt werden – so Anspruch und Zielsetzung der Tagung.

Gewiss, für Kategorisierungen kommt der Kongress zu früh: Wer mag schon heute entscheiden, was der Arabische Frühling ist – ob eine Revolution, Revolte, Rebellion, Transformation oder Übergang? Islamwissenschaftlerin Prof. Dr. Gudrun Krämer machte in ihrem Eröffnungsvortrag „The End of Exceptionalism: The Middle East in 2011“ klar, dass wir uns noch mittendrin im Geschehen befinden. Solange in Bahrain, Syrien und im Jemen tagtäglich Menschen protestieren und dabei ihr Leben riskieren, ist kein Ende, geschweige denn eine friedliche Übereinkunft in Sicht. Unsicherheit prägt die derzeitige Lage, die einzige Gewissheit ist: das Paradigma des autoritären Systems greift nicht mehr, es wurde endgültig erschüttert, der „Autoritarismus“ hat keine Chance.

Das Volk erhebt sich, um die repressive Autorität zu beseitigen sowie um der permanenten Verunsicherung und Einschüchterung Einhalt zu gebieten. Es ist Zeit, mit Korruption und Nepotismus aufzuräumen, Zeit, sich für ein Leben mit sozialen Qualitäten einzusetzen und der Sehnsucht nach Wohlfahrt und Wohlstand Ausdruck zu verleihen: „Der Arabische Frühling hat uns im tiefen Winter überrascht – er hat viel Eis aufgebrochen“, so Gudrun Krämer.

Die Proteste in der arabischen Welt haben keine Führerfigur – das lässt uns darauf schließen, dass die Massen niemanden brauchen, der sie anführt. Ein Beispiel aus der jüngsten deutschen Geschichte stimmt zuversichtlich. Im Herbst 1989 skandierte das Volk hierzulande: „Wir sind das Volk!“ und hat eine friedliche Umwälzung bewirkt. Diesem Motto folgen gegenwärtig die arabischen Völker. Zwar verfolgen sie ein Ideal von Demokratie und Teilhabe, aber sie sind keiner Ideologie, keiner Partei, keiner Institution hörig. Ein „Projekt-Charakter“ ist den Protesten

in der arabischen Welt nicht nachzusagen. Wen wundert's, dass ihnen überall auf der Welt „Bewunderung und Respekt“ entgegengebracht wird.

Die Bedeutung der Neuen Medien und sozialen Netzwerke des Internets wurden im Zusammenhang mit dem Arabischen Frühling viel diskutiert: Das existenzielle Drama und die Intensität der Ereignisse konnte zeitgleich vermittelt werden. Von den starken Bildern war die Weltgemeinschaft gleichermaßen beeindruckt wie erschüttert, doch gilt es für Forscher weiterhin, die Ausbrüche nicht nur in ihrer Einbettung via Facebook zu erkunden, sondern, im Nachgang, vor allem die soziale Dimension – beispielsweise die Funktion von Nachbarschaften – auszuloten und gesellschaftliche Fragen aufzuwerfen: Welche Gesellschaftsform ist für den arabischen Raum wünschenswert? Wie kann eine „Marktökonomie mit einem sozialen Gesicht“ in den einzelnen arabischen Ländern aussehen, wie eine offene und plurale Gesellschaft beschaffen sein? Wie kann man nach solch gewaltigen Unruhen wieder regieren und Gesetze installieren? Schließlich geht mit dem Verlust der Angst oft auch der Respekt vor dem Gesetz verloren, in Anarchie jedoch kann niemand auf Dauer leben.

Fragen über Fragen – Prof. Dr. Gudrun Krämer deutete sie in ihrem Eröffnungsvortrag an, doch nicht ohne der Freude und Zuversicht Ausdruck zu verleihen, dass wir es im arabischen Raum mit Völkern zu tun haben, die heute selbstbewusst genug sind, das Neue souverän anzugehen. Eins verbindet sie alle: Sie wollen intellektuell und emotional befreit leben.

Dass dies nicht nur fromme Wünsche oder idealistische Vorstellungen von westlichen Wissenschaftlern sind, bewiesen die geladenen Gäste und Vortragenden. Junge Wissenschaftlerinnen wie Ebtisam Hussein (Berlin) und Sara Gemeinder (Erlangen), die in ihrem Panel „Who is afraid of the Arab Spring?“ mit ihrer gegenwärtigen Feldforschung in Ägypten konkrete Antworten zu geben vermochten. Gemeinder äußerte sich zu der Rolle der Studenten-Proteste und der jetzigen Situation auf dem Campus ägyptischer Universitäten, wo sich Studentenausschüsse bilden, Fakultätsdekane neu gewählt und Interventionen seitens des Staates nicht mehr geduldet werden. Trotzdem gelte es, viele Hürden zu bewältigen: Den Studierenden sei die demokratische Praxis nicht geläufig, sie müssten sie sich erst allmählich erarbeiten.

Ähnlich argumentierte Ebtisam Hussein: Eine neue Identität und Legitimität lässt sich nicht von heute auf morgen etablieren, doch sollte man auch den großen Vorteil einer instabilen post-revolutionären Zeit anerkennen: Mubarak ist gestürzt worden – die Dimension dieses Schrittes sollte erstmal erkannt und geschätzt werden. Dass es zu einem Regimesturz in Ägypten kommen

könnte, war für Zeitgenossen bis vor Kurzem noch unfassbar – ein Film dokumentiert diese Haltung auf YouTube: Ein Ehepaar, das vor 30 Jahren, als Mubarak seine Präsidentschaft antrat, heiratete, seine Kinder während der Ära Mubarak groß zog und alt ward, kann es sich gar nicht vorstellen, nicht in der Ära Mubarak zu sterben.

Wer hat Angst vor dem Arabischen Frühling? – 99% der Bevölkerung hat das Vertrauen in die politischen Akteure verloren, es wird zwar Wahlen geben, aber viele Intellektuelle und Liberale befürchten, dass es zu einem „Islamic turn“ kommen könnte – einige haben deshalb schon ihr Ticket ins Exil gebucht. Von einer neuen Verfassung wäre dann auch nicht viel zu erhoffen, denn in Ägypten gibt es eine alte Tradition: das, was schriftlich in der Verfassung festgeschrieben ist, wird in der politischen Praxis anders interpretiert oder schlichtweg ignoriert. Um mit dieser Gepflogenheit zu brechen, braucht es Institutionen, die verfassungswidrige Aktionen und Verfahren ahnden: „Menschenrechte auf dem Papier gab es immer schon, aber keine Institutionen, die sie hätten einfordern können. Wir brauchen keine Texte mehr“, betonte Prof. Dr. Nour Farahat in einer Podiumsdiskussion zur Frage „Revolution, und dann?“ Mit zwei weiteren Juristen, die ebenfalls am Reformprozess beteiligt sind, Prof. Dr. Amina Messaouri aus Marokko und Prof. Dr. Ferhat Horchani aus Tunesien, sowie mit Moderatorin Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin, Bundesministerin der Justiz a. D., stellte er sich dem Thema „Verfassung und Transformation in Ägypten, Marokko und Tunesien“. Als Mitglieder der jeweiligen Verfassungskommission ihres Landes beschrieben die drei Verfassungsexperten die derzeitige Situation in Nordafrika. Ihre Hoffnungen und Erwartungen sind groß.

Ferhat Horchani unterstrich, dass die Idee der Demokratie ein universelle sei, sie gehöre allen Menschen und nicht nur den westlichen Staaten. Die Herausforderung vor der die arabische Welt stünde, sei, zu beweisen, dass demokratische Werte mit der islamischen Kultur zu vereinbaren seien. Doch damit dieser Prozess der Demokratisierung in den arabischen Gesellschaften vonstatten gehen kann, müssen diese Werte in der Verfassung festgeschrieben werden – ein Anliegen, das in Marokko schon längst verfolgt wird, so Amina Messouri. Die Menschenrechte seien bereits in der Präambel der Verfassung verankert und es existiere eine unabhängige Kommission, bestehend aus Experten der Justiz und Politik, die dieses Recht auch einfordern könne. Bleibt zu hoffen, dass sich die Befürchtung Farahats nach den Wahlen in Ägypten verflüchtigt: Als Sozialdemokrat gibt er zu bedenken, dass in wirren Zeiten, wie wir sie gerade erleben, Parteien mit demokratischen Mitteln die Gunst der Stunde nutzen, um ihre undemokratische Politik durchzusetzen. Noch ist er also gut beraten, sich vom Optimismus der Kollegen aus Marokko und Tunesien nicht anstecken zu lassen, wachsam zu bleiben und

weiterhin hartnäckig zu fragen: Wie ist die gegenwärtige Entwicklung in der arabischen Welt politisch und historisch zu verorten?

Dieser Frage widmeten sich Christoph Schumann (Erlangen), Thomas Demmelhuber (Erlangen) und Torsten Matzke (Tübingen) in ihrem Panel „Revolution und Regimewandel in Ägypten“ ausgiebig. Drei Arten von Umschwüngen unterschied Christoph Schumann: Revolten, die sich gegen das herrschende Regime richten, aber die bestehende Ordnung nicht hinterfragen, wie es in Ägypten, Tunesien, Jemen und Syrien der Fall ist; Revolten, die sich gegen das herrschende Regime *und* die geltende Ordnung richten, die demnach eine Neudefinition des „Body Politic“ anstreben – wie in Libyen, Bahrain oder im Irak zwischen 2003-2005; und soziale Bewegungen, in denen das Volk weder die Ordnung noch das Regime stürzen will, sondern lediglich sozioökonomische Verbesserungen anstrebt – wie im Falle von Marokko. Nach dieser präzisen Untersuchung und Unterscheidung einzelner Begriffe warf Thomas Demmelhuber im Anschluss die kritische Frage auf, ob man überhaupt von einem Regimewechsel in Ägypten sprechen könne.

Zweifellos gab es einen systemischen Wandel im herrschaftspolitischen Spektrum, doch ist die autoritäre Herrschaft geblieben – dafür spricht, dass das Militär, der Hauptakteur auf der jetzigen politischen Bühne und die Instanz, die momentan dem Regimewandel Legitimität verleiht, in einer Umfrage auf Facebook acht mögliche Präsidentschaftskandidaten aufstellte – einer von ihnen ist Omar Suleiman, der ehemalige Geheimdienstchef des alten Regimes (sic!). Auch wird es schwierig sein, die ehemalige Wirtschaftselite völlig zu marginalisieren: Viele Unternehmerfamilien standen zwar dem Mubarak-Clan nahe, haben sich jedoch so geschickt positioniert, dass sie auch in der Post-Mubarak-Ära weiter agieren können, ohne strafrechtlich verfolgt zu werden. Ein Beispiel hierfür ist die Familie Sawiris.

In Ägypten gibt es eine reiche Minderheit, die Wachstumspolitik Ägyptens galt ihnen und nicht der armen Bevölkerung. 21,6 % der Ägypter leben unterhalb der Armutsgrenze, obwohl die Wachstumsraten seit 2004 stetig gestiegen sind. Einer amerikanischen Umfrage mit 1200 Ägyptern zufolge, gaben 65% von jenen, die an den Protesten 2011 teilgenommen hatten, als Grund „Arbeitslosigkeit“ und „niederen Lebensstandard“ an. Das veranlasste Thorsten Matzke der Frage nachzugehen, welche sozioökonomischen Ursachen die ägyptische Revolte hatte.

Das beeindruckende Wirtschaftswachstum kam der breiten Masse nicht zugute, es gab ein „Pro-Rich-Growth“ ohne „Trickle-Down-Effect“. In den letzten Jahren schottete sich die

Wirtschaftselite immer mehr ab, doch wurde ihr Reichtum öffentlich wahrgenommen. Das wiederum schürte den Hass in der Bevölkerung. Ungerechtigkeit, mangelnde wirtschaftliche Teilhabe und keine Möglichkeit, politisch einzugreifen und Einfluss zu nehmen, steigende Energie- und Lebensmittelpreise, Arbeitslosigkeit – all diese Faktoren haben die Massen schließlich auf die Straße getrieben.

In der jetzigen Situation hat sich die wirtschaftliche Lage des Landes drastisch verschlechtert – statt mit einer Wirtschaftswachstumsrate von 6% für 2011 rechnet man derzeit mit 1,36 %. Das Militär kann nur kurzfristige Maßnahmen anbieten: Im Fokus steht derzeit der Wahlkampf. Von dem verspricht man sich viel, nicht zuletzt – eine neue Außenpolitik, mit der sich der thematische Block „Geopolitische Implikationen der Umbrüche in der arabischen Welt“ beschäftigt.

Nach der politischen Zäsur in Ägypten werde die Außenpolitik in Zukunft möglicherweise von Militär und Geheimdienst, den außenpolitischen Eliten sowie den Muslimbrüdern dominiert, so Stephan Roll (Berlin). Zwei Szenarien könne man für die Zukunft entwerfen: Entweder das Militär behält nach den Wahlen die Macht oder die Muslimbrüder stellen die Regierung und dann gibt es eine Allianz zwischen Muslimbrüdern und außenpolitischer Elite. Mubaraks Außenpolitik stand zwar bis zur Jahrtausendwende unter dem Zeichen der Rückführung in die Arabische Liga und gewährleistete die Sicherheit des Landes, jedoch nach der Jahrtausendwende galt Mubaraks außenpolitisches Taktieren lediglich der Regimeabsicherung – dem Machterhalt eines Einzelnen.

Ähnlich verhielt es sich mit der Außenpolitik in Libyen, das international „ein unberechenbarer Akteur, ein hoch kapriziöser Partner“ war, so Wolfram Lacher (Berlin). Mit getreuen Apparatschiks umgab sich auch Gaddafi, zudem mit terroristischen Gruppen und Rebellen. Nach seinem Sturz zeichnen sich drei Entwicklungen ab, obwohl der Konflikt noch längst nicht zu Ende ist: Erstens werden sich neue internationale Allianzen ergeben – zu jenen, die die Aufständischen im Kampf gegen das Gaddafi-Regime unterstützt haben (Frankreich, Großbritannien, Katar, Italien, Türkei, USA); zu Tunesien und Ägypten wird Stabilität im Vordergrund stehen; zu Ländern, die Gaddafi unterstützt haben, werden die außenpolitischen Beziehungen abgebrochen (Sudan, Mali, Niger, Tschad); zweitens wird sich Libyen von einer afrikazentristischen Politik, die bereits unter Gaddafi unbeliebt war, distanzieren; und drittens wird sich das neue Libyen in der Afrikanischen Union neu positionieren – was zu dem Kollateralschaden führen kann, dass ehemalige Soldaten aus Gaddafis Garde in ihre afrikanischen Heimatländer zurückgeschickt werden und dort mit ihren Waffen zur Destabilisierung oder gar Eskalation von Konflikten beitragen.

Beim Arabischen Frühling spielte der israelisch-arabische Konflikt zunächst keine Rolle. Trotzdem legte Muriel Asseburg (Berlin) vier Auswirkungen desselbigen für die israelische Regierung nahe. Erstens: Israel hat weitere Partner (Türkei, Syrien und Ägypten) verloren und steht noch isolierter da. Zweitens: Israel muss ab sofort mit Regierungen in seinen Nachbarländern rechnen, in denen das Volk partizipiert – für Israel ist dies keine gute Nachricht, da sich ein Vorfall wie die Erstürmung der israelischen Botschaft in Kairo durch das „Volk“ wiederholen kann. Drittens: Die Wagenburghaltung der israelischen Regierung wird sich verstärken – durch diese Haltung wird vermittelt, die Zeit sei nicht reif, Friedensinitiativen zu starten, man könne in dieser Situation auf die Nachbarn nicht zugehen. Viertens: Die verschiedenen palästinensischen Fraktionen fordern nationale Einheit, sie wollen den Frieden; da von der USA und Europa nichts zu erwarten ist, wenden sie sich an die Weltgemeinschaft und erwarten von ihr Empathie für die palästinensische Selbstbestimmung – so kann der palästinensische Antrag auf UN-Mitgliedschaft sowie die Rede des Palästinenserpräsidenten Mahmud Abbas vor den Delegierten der 193 Staaten der Vereinten Nationen am 23. September 2011 verstanden werden.

Die Islamische Republik Iran scheint auf den ersten Blick vom Arabischen Frühling ebenfalls untangiert zu sein, doch der Eindruck täuscht: Es gibt eine intensive Beschäftigung im Iran mit den Ereignissen in den Nachbarländern, so Walter Posch (Berlin). Die iranische Regierung hofft, dass die Muslimbrüder an die Macht kommen – mit islamfreundlichen Kräften lässt sich außenpolitisch besser verhandeln. Abgesehen davon, verspricht man sich Reisefreiheiten.

Der Arabische Frühling sei für den Iran eine große Herausforderung, betonte auch Henner Fürtig (Hamburg). Im Arabischen Frühling erfüllt sich eine Vision, die Revolutionsführer Chomeini bereits 1979 hatte, so die weit verbreitete Deutung, die der jetzige Revolutionsführer Khamenei Anfang Februar 2011 in einer Freitagspredigt verkündete: Der Arabische Frühling sei eine „islamische Befreiungsbewegung“. Daher wird, dieser Interpretation zufolge, der Arabische Frühling als eine Fortsetzung und Erweiterung der Revolution von 1979 gesehen, die wie die Französische Revolution 1789 und die Oktoberrevolution 1917 in Russland eine „genuine Massenrevolution der Neuzeit“ war. Sie hatte die Mission, den Islam der ganzen Welt zu offenbaren und eine islamische Gesellschaftsordnung als Weltherrschaft zu etablieren. Dieses Sendungsbewusstsein ist Teil der iranischen Verfassung und prägt die Außenpolitik Irans bis auf den heutigen Tag. Es verwundert demnach nicht, dass der Iran nunmehr als Gravitationszentrum in der arabischen Welt wahrgenommen werden will und dass er sich den Arabischen Frühling

zunutze macht. Das Treffen am 31. Juli 2011 zwischen Ahmad al-Tayyib, dem ranghohen Geistlichen und Rektor der wichtigsten sunnitisch-theologischen Fakultät, der „Al-Azhar“ in Kairo, und einer iranischen Delegation, angeführt vom Parlamentarier Naser Soudani, ist in diesem Zusammenhang nicht unwichtig. Soudani übermittelte Tayyib ein Einladungsschreiben vom iranischen Parlamentspräsidenten, Dr. Ali Larijani, während sich Ahmad al-Tayyib für die Bildung eines „Islamischen Dreiecks“ aus Iran, der Türkei und Ägypten aussprach.

Um die Deutungshoheit über den Arabischen Frühling wird gerungen – auch die Grüne Bewegung im Iran, die im Jahr 2009 gegen das Regime protestierte, beantragte einen Tag des Zorns beim Innenministerium, der abgelehnt wurde. Trotzdem wurde auch ohne Genehmigung am 14. Februar 2011 protestiert. Es gab Verhaftungen und Tote, die Führer der Grünen Bewegung stehen seither unter Hausarrest.

Verhaftungen, Tote, Terror, Unterdrückung, Arrest – chaotische Zustände, „Irrungen und Wirrungen“ stehen im Libanon seit jeher auf der Tagesordnung, so Stephan Rosiny (Hamburg). Er warf die Frage auf: Könnte der Libanon vielleicht ein Vorbild sein für alle Länder, in denen sich gegenwärtig Revolten, Revolution, soziale Umwälzungen ereignen, oder ist er dazu verdammt nur den Zuschauer abzugeben?

Der Arabische Frühling hat die Vorträge über den Libanon, den „melting pot“ von Ismen unterschiedlichster Couleur (Islamismus, Sozialismus, Liberalismus, Terrorismus), in diesem Jahr verdrängt, während sie auf den sonstigen DAVO-Tagungen immer im Fokus standen. Zu Unrecht, denn alle Probleme der islamischen Welt spiegeln sich im Libanon wider, auch wenn es keiner oder nur wenige merken.

„Stell dir vor es gibt keine Regierung und keiner merkt’s!“ – Ja, am 12. Januar 2011 gab es auch im Libanon einen Machtwechsel, doch fand er im Rahmen der Verfassung statt; von der prowestlichen 14. März-Bewegung wurde er allerdings als Putsch bezeichnet. Die Bewegung sieht sich als Vorreiter des Arabischen Frühlings, der in ihrem Verständnis eine soziale Bewegung ist: ein Aufbruch in eine neue Zeit, in der „good governance“ vorherrschen soll, die One-Man-Regierungsshow sowie die Willkür des staatlichen Sicherheitsapparates ein Ende haben und der Rechtsstaat obsiegt.

Doch kurioserweise sieht sich auch die antiamerikanische, prosyrische 8. März-Bewegung, die im Iran einen Partner und Verbündeten sieht, als Vorreiter des Arabischen Frühlings. – Typisch für



den Libanon sind die Widersprüche. Libanon – ein Land, das seine Erfahrung mit Gewalt und Terror, aber auch mit friedlichen Veränderungen und Reformen bereits gemacht hat, ein Land, das schwache Regierungen und eine „segmentäre Gesellschaft“ (Araber/Kurden/Palästinenser, Schiiten/Sunniten/Christen) aufweist, ein Land, in dem zu wenig Staatsmacht waltet, dafür oft konfessionelle Bürgerkriege und Spannungen, ein Land, dem Stabilität mehr bedeutet als Veränderung und für das eine Revolution nicht die „ultima ratio“ ist. Könnte dieser semidemokratische Staat ein Vorbild für Bahrain, Jemen, Libyen und Syrien sein oder ein Lösungsmodell anbieten? – Die Frage blieb offen, wie viele andere Fragen auf diesem Kongress, der es wagte, die Gegenwart zum Thema wissenschaftlicher Betrachtung und Analyse zu machen. Doch auch wenn viel Fragen unbeantwortet blieben – sie wurden gestellt.

„Wir halten die Augen offen“, wie Gudrun Krämer im letzten Satz ihrer Eröffnungsrede äußerte. Wir werden die Ereignisse weiter verfolgen – auch in unseren westlichen Breitengraden, denn hier erleben wir ebenfalls eine einmalige historische Stunde: eine Krisensituation, in der wir es uns nicht mehr ohne Weiteres erlauben können, die sozioökonomischen Ergebnisse unseres System anderen als Vorbild anzubieten.

Der Kongress war ein Rekord – noch nie haben sich so viele für die DAVO-Konferenz interessiert. Neben den dominierenden tagesaktuellen Themen zum arabischen Frühling bewies diese 18. DAVO-Jahreskonferenz einmal mehr, dass sie ein breites gegenwartsbezogenes Themenspektrum abdeckt und somit den Vorderen Orient in seiner ganzen Spannweite behandelt: so gab es Panels zu Entwicklungen in Zentralasien mit besonderem Augenmerk auf die Rolle des Islam im Postkommunismus, ausgehend von Gewaltausbrüchen im 19. Jahrhundert im Osmanischen Reich wurden historische Parallelen zur Gegenwart gezogen, dann standen die sich wandelnden Golfökonomien, der Zusammenhang von Literatur und Identität oder der Wandel, dem sich die Jugend im Vorderen Orient ausgesetzt sieht, im Fokus. Darüber hinaus wurden Fragen des islamischen Rechts, die Rolle islamischer Autoritäten in muslimischen Minderheitenkontexten und über den Islam in Europa diskutiert und in mehreren Vorträgen versucht, die aktuelle Politik in der Türkei einzuordnen. Das Programm war übertoll, teilweise mit 12 parallel stattfindenden Panels. Außerdem bot die DAVO wieder Raum für Arbeitstreffen von Nachwuchswissenschaftler/innen und eine Plattform, auf der Doktorand/innen ihre Forschung zusammen neben etablierten Wissenschaftler/innen zur Diskussion stellen.

Und die DAVO war ein Erfolg fürs engagierte Organisationsteam: die Berlin Graduate School Muslim Cultures and Societies (Prof. Dr. Gudrun Krämer, Dr. Katharina Nötzold), die

Arbeitsstelle Vorderer Orient des Instituts für Politikwissenschaft, FU Berlin (Prof. Dr. Cilja Harders) und das Zentrum Moderner Orient (Prof. Dr. Ulrike Freitag, Dr. Sonja Hegasy), zusammen mit vielen studentischen Helfer/innen und unter Beteiligung von Doktorand/innen der Berlin Graduate School Muslim Cultures and Societies.